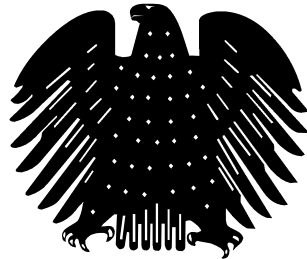


Es gilt das gesprochene Wort



**Rede**  
**des Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages**  
**Johannes Singhammer**  
**anlässlich der**  
**Internationalen Parlamentarierkonferenz**  
**„Schutz für ein gefährdetes Recht“**  
**am Mittwoch, den 14. September 2016, 12.00 Uhr,**  
**Sitzungssaal der CDU/CSU-Bundestagsfraktion**

- **Begrüßung**

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender, lieber Volker,

Exzellenzen,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

meine Damen und Herren,

Aus vielen Staaten und unterschiedlichen Kontinenten sind Menschen heute hier in Berlin zusammengekommen. Mit einem Ziel: Für die Religionsfreiheit weltweit zu kämpfen! Ohne die Religions- und Weltanschauungsfreiheit kann kein dauerhafter innerer und äußerer Friede wachsen. Deshalb gilt für alle, die sich bei unserem Kongress in Berlin versammelt haben: Sie sind Teilnehmer einer großen Friedensbewegung. Weil in manchen Ländern des Nahen Ostens durch fürchterliche Kriegsgewalt der Frieden nachhaltig zerstört ist. Weil die Religionsfreiheit dort nicht geachtet wird, flüchten Millionen von Menschen.

Die Nachrichten, welche uns ereilen, sind erschreckend: Viele religiöse Gemeinschaften müssen leiden, darunter Christen in ganz besonderem Maße.

Vor dem Jahr 2011 lebten in Syrien 1,1 Millionen Christen. Seit dem Beginn des Konflikts sollen bis zu 700.000 von ihnen das Land verlassen haben, allein aus Aleppo flohen bis zu 30.000, aus Homs bis zu 10.000 Christen. Und ein Ende des Exodus ist nicht in Sicht. Die Lage im benachbarten Irak sieht ähnlich aus: In Mossul, ist es erstmals seit 1600 Jahren unmöglich, am Sonntag eine Eucharistiefeier stattfinden zu lassen.

Auch in unmittelbarer Nachbarschaft gibt es Anlass zur Sorge: Der EU-Fortschrittsbericht 2015 zeigt auf, dass die Türkei den Grundwerten der EU nicht näher kommt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat Fälle von Verletzungen der Europä-

ischen Menschenrechtskonventionen festgestellt. Die Kommission beklagt insbesondere einen signifikanten Rückschritt bei den Grundwerten und Grundfreiheiten, wie der Religionsfreiheit.

Das Hilfswerk „Open Doors“ untersucht in mehr als 50 Ländern die Lage bedrängter und verfolgter Christen und stellte ernüchternd in seinem jährlichen Weltverfolgungsindex fest: „Das Jahr 2015 wird wegen der massiven religiösen Verfolgung fraglos als das Jahr beispielloser Gewalt und Vertreibung in Erinnerung bleiben“.

Laut „Open Doors“ hat die Verfolgung von Christen auf allen Kontinenten zugenommen. Im vergangenen Jahr sind 7100 Christen wegen ihres Glaubens ermordet und 2406 Kirchen attackiert worden.

(Im Vergleich dazu, die ohnehin schon schrecklichen Zahlen für das Jahr 2014: 4344 ermordete Christen und 1062 angegriffene Kirchen).

Vermutlich wird die genaue Zahl immer im Dunkeln bleiben.

Besonders schlimm ist die Gewalt gegen Christen und andere religiöse Minderheiten im Nahen Osten. In Syrien und im Irak erleben wir Grausamkeiten, Brutalitäten, die unvorstellbar sind.

Dort drohen in den Mutterländern der Christenheit viele Spuren von 2000 Jahren christlicher Geschichte ausgelöscht zu werden. Oft geschieht die Verfolgung organisiert. Es kommt zu Massenerschießungen, Verstümmelungen, Entführungen, Erpressungen, Vergewaltigungen und Zwangsbekehrungen.

Der Sonderberichterstatter für Religions- und Weltanschauungsfreiheit des UN-Menschenrechtsrats, Prof. Heiner Bielefeldt, formulierte, dass 2015 kein gutes Jahr für die Religionsfreiheit gewesen sei und er massive Einbrüche bei der Gewährleistung dieses Menschenrechts beobachte. Mittlerweile sprechen manche über den Begriff des

„Völkermords“ oder „Genozids“. Papst Franziskus wählt mit Bedacht den Begriff „Martyrium“.

Christen sind die Hauptopfer religiöser Verfolgung. Aber Christen sind nicht die einzigen Opfer von Verfolgung und Unterdrückung. In einer Reihe von Ländern wie Myanmar oder Nordkorea beklagen Muslime Opfer von religiöser Verfolgung zu sein. In wieder anderen Ländern nehmen Gewalttaten gegenüber Menschen jüdischen Glaubens besonders stark zu. Auch in Europa: 2013 erreichten Gewalttaten gegenüber Menschen jüdischen Glaubens einen schlimmen zahlenmäßigen Höhepunkt. Weltweit wurden Menschen jüdischen Glaubens 2013 in 77 von 178 aufgelisteten Ländern diskriminiert.

Meine Damen und Herren,

wir sind hier zusammengekommen, um zu allererst diese und andere schlimme Taten an das Licht der Öffentlichkeit zu bringen. Das ist der erste und wichtigste Schritt, denn die Planer, die Hintermänner und die Unterdrücker der Religionsfreiheit scheuen das Licht, sie lieben die Dunkelheit. Wir aber benennen ihre Taten. Dabei dürfen wir nicht stehen bleiben.

Vor wenigen Tagen hatte ich ein bewegendes Treffen mit Christen aus dem Nahen Osten, die dort seit Jahren Verfolgung erleiden und welche einen Appell an die Verantwortlichen in der Politik, in den Medien, aber auch in anderen wichtigen Positionen weltweit gerichtet haben. Sie haben gesagt: „Genug ist genug. Wir können es nicht länger ertragen, dass Christen gehasst werden, geschlagen werden, eingesperrt werden aus einem einzigen Grund, weil sie sagen, Jesus Christus ist unser Herr. Wir brauchen kein Mitleid der Weltöffentlichkeit, wir brauchen Hilfe.“

Und deshalb lohnt es sich zusammenzukommen und zu überlegen wie Hilfe geleistet werden kann, ohne neue Gräben aufzureißen. Vor allem keine Gräben zwischen den Religionsgemeinschaften. Es darf keinen Konflikt der Religionen untereinander geben, aber es müssen diejenigen benannt werden, die andere Menschen wegen ihrer Religion, ihres Glaubens unterdrücken oder gar ermorden.

## **1. Klare Informationen über Verletzung der Religionsfreiheit weltweit, Benennung der Fakten.**

Ich bin unserer Bundesregierung sehr dankbar, dass es einen jährlichen Bericht zur weltweiten Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit gibt, der im Bundestag diskutiert wird. Mein Dank gilt der Bundeskanzlerin und dem Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder, der unermüdlich für die Religionsfreiheit kämpft und diese Initiative durchgesetzt hat.

Der aktuelle Bericht zur weltweiten Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit, den die Bundesregierung auf Antrag des Bundestages im Juni erstmals in dieser Form vorgelegt hat, zeigt Diskriminierungen unterschiedlicher Art auf, die alle Bereiche des privaten und öffentlichen Lebens durchdringen können: Von der Möglichkeit, sich überhaupt zu einer bestimmten Religion oder Weltanschauung bekennen zu dürfen oder eben sich zu keiner Religion bekennen zu müssen, über den gleichberechtigten Zugang zu öffentlichen Ämtern bis hin zum Bau und der Pflege religiöser Einrichtungen.

Staaten kommen ihrer Verpflichtung zum Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit teilweise nicht nach. Hintergrund kann eine bewusste Politik sein, z. B. die Verteidigung des Wahrheitsanspruchs der Mehrheitsreligion, Furcht vor fremden Einflüssen, u. ä. Häufiger Grund für mangelnden Schutz sind aber auch eine schwache Staatlichkeit, Korruption, wirtschaftliche und ethnische Gründe. Besonders das Aufkommen extremistischer und terroristischer Organisationen hat - in Verbindung mit der Schwächung von Staatlichkeit - insbesondere im Nahen und Mittleren Osten und Nordafrika zu religiös begründeter Gewalt, zu Zerstörung und Vertreibung geführt.

Der Grundsatz, dass das Recht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit ein individuelles Freiheitsrecht ist, in dessen Zentrum der Mensch mit seiner Würde und seinen inneren Überzeugungen steht, wird dabei nicht selten ignoriert oder bestritten. Daher sind Ansätze, die Universalität dieses Menschenrechts in Frage zu stellen, es in ein Kollektivrecht umzumünzen, Religion über Kritik zu

erheben, Religionskritik pauschal als Rassismus abzustempeln, u. ä. abzulehnen. Gleichzeitig ist es Aufgabe von Staaten, entschieden gegen religiöse Hetze, Hassreden und religiös begründete Kriminalität vorzugehen.

Soweit Kernaussagen des Berichts zur weltweiten Lage der Religions- und Weltanschauungsfreiheit.

Wichtig ist auch, dass gezielte Desinformation als ein Instrumentarium der Verwirrung offengelegt, aufgedeckt und künftig vermieden wird.

- 2. Klare Benennung und Aufdeckung der Strukturen der Hintermänner** und wenn es sein muss, auch der entsprechenden Staaten. Welche Organisationen oder Terroristen finanziell unterstützen, die Religionsfreiheit mit Füßen treten oder gar systematisch Christen verfolgen.

Es ist in der Vergangenheit durchaus möglich gewesen, Finanzströme zu Terroristen zu unterbinden, zumindest zu erschweren. Das muss auch gelten für Organisationen, welche die Religionsfreiheit mit Füßen treten.

- 3. Benennung der Täter und Ihrer Hintermänner mit Namen**, aber keine pauschale Verdächtigungen und Verurteilungen von Organisationen und Religionsgemeinschaften.
- 4. Reziprozität**, d.h. Gegenseitigkeit: Die westlichen Demokratien sollten in ihren Gesprächen nach Möglichkeit darauf drängen, dass ihre Partner nicht einseitig ihren Standpunkt von Religionsfreiheit oder von Nichtreligionsfreiheit durchsetzen. Wenn etwa Saudi-Arabien ankündigt, in Deutschland eine Vielzahl von Moscheen zu errichten, dann verstehen immer weniger, dass sich die Menschen in Saudi-Arabien nicht in Kirchen und christlichen Gebetsstätten versammeln können. Das ist ein langer, steiniger Weg, aber ich sehe durchaus Hoffnung. Wenn Länder auch mit militärischer Kooperation mit dem Westen ihr Öl weltweit

exportieren können, dann muss es auch Gesprächsebenen und Zugangsmöglichkeiten geben, dass Religionsfreiheit einen anderen Stellenwert bekommt.

5. Es macht Sinn, **Religionsführer, Bischöfe in die parlamentarischen Gremien einzuladen**. Wir in Deutschland versuchen das und tun dies. Ich denke, das Gespräch in vielen Parlamenten kann helfen und hilfreich sein.
6. Wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier haben ganz besondere Möglichkeiten und auch Verantwortungen. Ich denke, es schadet nicht, sondern es nützt, wenn **bei offiziellen Reisen zu allererst auch ein Besuch bei den Religionsführern stattfindet**. Zum Beispiel, bei den entsprechenden Bischöfen. Aber auch bei anderen Religionsführern. Damit wird klar, welchen Wert wir der Religionsfreiheit zumessen.

Und jedes Parlament jedes Land ist verantwortlich im eigenen Bereich Religionsfreiheit überall zu gewährleisten.

Wir hören mit Sorge die Berichte von christlichen Flüchtlingen in Deutschland. 10 bis 15 Prozent der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, haben einen christlichen Glauben. Berichtet wird über Mobbing bis hin zur Verfolgung und Beeinträchtigung. Über das Ausmaß herrscht Unklarheit und Streit. Aber Tatsache ist, es gibt diese Fälle und jeder Fall ist ein Fall zu viel. In Deutschland in den Medien wird Religion vielfach als private Nebensache betrachtet. In den Herkunftsländern der Flüchtlinge - seien sie Christen oder seien sie Muslime - steht Religion im Lebensmittelpunkt. In Deutschland werden soziale Herkunft, Bildung, Vermögensverhältnisse als Hauptquellen von Unterschieden und Konflikten dargestellt, religiöse Überzeugungen ausgeblendet.

Hier müssen wir in Deutschland alles tun, damit Menschen, die zu uns kommen bei uns Religionsfreiheit erfahren.

Das heißt:

1. Weil Flüchtlinge und Migranten aus mehrheitlich muslimischen Ländern wenig Vorstellungen von Religionsfreiheit haben und oftmals darunter nur Kulturausübung verstehen, brauchen wir umfassende Informationen: Religionsfreiheit in Deutschland bedeutet freie Wahl der Religion, Religionswechsel ist erlaubt, keine Benachteiligung der Frau, keine Verfolgung, kein Mobben, kein Diskriminieren anderer Religionsgemeinschaften.
2. Keinerlei Akzeptanz von Ungleichheit in Flüchtlingsunterkünften, zum Beispiel während der Zeiten der muslimischen Fastenzeit, darf kein direkter, aber auch kein indirekter Druck auf Christen in den Unterkünften entstehen, die Fastenzeiten des Islam einzuhalten.
3. Deutschland darf nicht zum Rückzugsort von Tätern werden, die in ihrem Heimatland die Religionsfreiheit mit den Füßen getreten haben und Christen verfolgt haben. Es ist unerträglich wenn geflüchtete Christen dann ihren Tätern auf deutschem Boden wieder begegnen. **Wer in Deutschland Christen verfolgt oder auch andere Religionsgemeinschaften, darf kein Asylrecht erhalten.**
4. Das Schwierigste, aber Erfolgversprechendste und Wichtigste ist aber, Fluchtursachen möglichst nicht entstehen zu lassen und zu bekämpfen, sodass Menschen wegen ihrer Religion nicht ihre Heimat verlassen müssen. Wenn gerade Christen in großer Zahl den Nahen Osten verlassen müssen, dann verlässt damit auch eine Jahrhunderte lange Form des Zusammenlebens zwischen Islam und Christentum die gelebte Toleranz des Zusammenlebens diese Region der Welt. Frieden zu schaffen, Religionsfreiheit zu garantieren im Nahen Osten heißt deshalb auch, dem Frieden ein Stück weit näher kommen

Religionsfreiheit und Gleichberechtigung, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stehen nicht zur Disposition; sie gelten für alle Menschen und sie sollten überall gültig sein.

Maßstäbe können verloren gehen oder bestehen bleiben, sie können wiedergefunden oder neu gesetzt werden. Es ist an uns, dass die Achtung vor dem anderen und seiner Religion und die Wahrung der Menschenwürde im Hier und Jetzt erhalten bleiben und



an die nachwachsenden Generationen weitergegeben werden. Es ist an uns, immer wieder an die grundlegenden Maßstäbe menschlichen Zusammenlebens zu erinnern.

Ich danke Ihnen!